

Klaus Bodemer / Susanne Gratius (Hrsg.)

Lateinamerika im internationalen System

Zwischen Regionalismus und Globalisierung

Verlag für Sozialwissenschaften, Opladen, 2003, 336 S., € 29,90

Der erste Band in der neuen Publikationsreihe „Fokus Lateinamerika“ des Hamburger Instituts für Iberoamerika-Kunde ist in drei Teile gegliedert (Das Gesicht des „neuen Regionalismus“; Die Politik der Partner; Die Herausforderungen der Globalisierung), die jeweils vier Beiträge umfassen. Außerhalb dieser Systematik steht der Eröffnungsartikel von *Gerhard Drekonja*, der dem „Wandel des lateinamerikanischen Verständnisses von Außenpolitik“ gewidmet ist, wobei der Autor seine bisweilen etwas unorthodoxen Reflektionen mit einer *tour d'horizon* über die hartnäckigen Entwicklungsprobleme des Subkontinents verbindet.

Eingangs des ersten Teils präsentiert *Stefan Schirm* einen Beitrag über das NAFTA, der in dieser Form auch 1998 hätte publiziert werden können – weiter reicht die verarbeitete Literatur nicht, lediglich einige Zahlen zum Außenhandel sind jüngerer Datums. Die Ausführungen zum politischen System in Mexiko beziehen sich folgerichtig auch auf das PRI-System mit entsprechend fragwürdigen Mutmaßungen über dessen weitere Entwicklung. Der Autor perzipiert in der mexikanischen Wirtschaft durch NAFTA generierte „Modernisierungserfolge“, die der Rezensent mit einem großen Fragezeichen versehen möchte.

Gernot Lennert porträtiert mit der „Assoziation Karibischer Staaten“ einen kaum bekannten regionalen Zusammenschluss. Wie die Ausführungen zeigen, ist der geringe Bekanntheitsgrad zwangläufiges Resultat der weitgehenden Bedeutungslosigkeit dieser Vereinigung, was wiederum auf die Kleinheit der Mehrheit der beteiligten staatlichen Entitäten zurückgeht. Zwar umfasst die ACS auch größere Länder wie Mexiko, Kolumbien und Venezuela, für diese sind andere multilaterale Foren aber ungleich wichtiger als jenes der Karibikanrainer. Vor diesem Hintergrund sind die von Lennert aufgeworfenen „Fragen“ (u.a.: Die ACS als strategische Allianz?) lediglich rhetorischer Natur.

Eine Vielzahl von Aspekten behandelt der Aufsatz von *Susanne Gratius* zum Mercosur. Die zwischen Brasilien und Argentinien durch die jüngeren Wirtschaftskrisen in beiden Ländern verursachten Handelskonflikte werden ebenso thematisiert wie die politischen/institutionellen und sozioökonomischen Strukturschwächen des Integrationsbündnisses sowie dessen Außenbeziehungen. Weiterhin werden die Chancen für die Realisierung des von Brasilien gegenüber der ALCA favorisierten südamerikanischen Freihandelsprojekts (SAFTA) erörtert, und unter der Überschrift „Interessenprofile, Allianzen und Asymmetrien“ gibt die Autorin Kurzanalysen zu den grundlegenden Entwicklungsproblemen und integrationspolitischen Zielvorstellungen der regulären und assoziierten Mitgliedsstaaten. Am Ende ihres Beitrags präsentiert Gratius vier denkbare Szenarien zur mittelfristigen Entwicklung des Mercosur. Ihre Präferenz für eine dieser Varianten basiert auf dem Kenntnisstand von 2002 und konnte den erst später sichtbar werdenden Trend in Richtung einer „ALCA light“ nicht antizipieren.

Anders als beim Mercosur ist die relative Bedeutung der Andengemeinschaft als Absatzmarkt für ihre Mitgliedsstaaten gering geblieben. Die mäßige Handelverflechtung beruht u.a. auf nicht-komplementären Produktionsstrukturen sowie einer defizitären grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur. Auch politische Instabilität und häufige Krisen (und die dadurch bedingten wirtschaftspolitischen Divergenzen) in mehreren Mitgliedsstaaten behindern das Integrationsprojekt. Die wichtigste Integrationsbarriere sieht *Henning Effner* jedoch in dem fehlenden politischen Willen der Regierenden, so dass auch die im Rahmen der Gemeinschaft geschaffenen Institutionen ihr Potential nicht ausschöpfen können. Insbesondere die Übernahme einer integrationspolitischen Vorreiterrolle durch die großen Staaten Kolumbien und Venezuela hätte dem Projekt wohl mehr Dynamik und Tiefe verschaffen können. Die Skepsis des Autors bezüglich der weiteren Entwicklung der Andengemeinschaft basiert auf überzeugenden Argumenten.

Den Auftakt zum zweiten Teil des Bandes bildet eine solide Abhandlung von *Peter Birle* über „Neuere Tendenzen in der Lateinamerikapolitik der USA“. Ausgehend von einem kompakten historischen Rückblick thematisiert der Beitrag u.a. die (sich partiell wandelnden) Triebkräfte und Bestimmungsfaktoren der US-Außenpolitik gegenüber der Region sowie die seit Beginn der 1990er Jahre enorm gestiegene Bedeutung der Vereinigten Staaten als Handelspartner und Investor für Lateinamerika. Der Autor beschreibt, wie die veränderten außenpolitischen Prioritäten nach dem 11. September 2001 die Aufmerksamkeit Washingtons für Lateinamerika deutlich verringert haben, wobei die außenpolitische Kurskorrektur vor allem in Mexiko (Grenzkontrollen, Immigrationspolitik) und Kolumbien (Guerillabekämpfung, Drogenpolitik) Folgen zeitigte.

Die außenpolitischen Auswirkungen des 11. September nehmen auch breiten Raum in dem Beitrag von *Klaus Bodemer* ein, der „Die interamerikanischen Beziehungen im Zeichen einer Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitsstrategie“ untersucht. Trotz der offiziellen Solidaritätsbekundungen der lateinamerikanischen Regierungen nach den Terroranschlägen waren die wenigsten Staaten der Region bereit, die veränderte außenpolitische Strategie der Bush-Administration bedingungslos zu unterstützen, wobei der Washingtoner Unilateralismus hinreichend Gründe für eine deutliche politische Distanzierung vom hemisphärischen Hegemon lieferte. Der Artikel behandelt die Auswirkungen der veränderten außenpolitischen Akzentsetzungen der USA auf die bilateralen Beziehungen zu den wichtigsten lateinamerikanischen Staaten Mexiko, Brasilien, Argentinien und Chile, wobei den beiden erstgenannten Ländern mit jeweils etwa sechs Seiten besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Nirgendwo ist die Verschlechterung der politischen Beziehungen allerdings stärker als im Falle Argentiniens, wo zu Zeiten von Clinton und Menem nachgerade ein (wenn auch mehr deklamatorischer denn wahrhafter) bilateraler *honeymoon* zelebriert wurde. Bodemers Verdikt, dass die Trübung der bilateralen Klimata nahezu ausschließlich auf die vermeintlich an nationalen Interessen ausgerichtete Außen- und Außenwirtschaftspolitik der konservativen *hardliner* in Washington zurückgeht, lässt sich schwerlich widersprechen.

Der Beitrag von *Kirsten Westphal* zum Projekt einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika hinterlässt einen ambivalenten Eindruck. Eingangs besticht die außergewöhnliche analytische Schärfe, mit der die Autorin ihren Gegenstand angeht. Bei der Präsentation der von der EU im Rahmen der bi-regionalen Kooperation lancierten Initiativen und Programme werden indes mehr Implementationsfortschritte suggeriert als einer nüchternen Realitätsprüfung standhalten, kommt doch nach wie vor hehren Absichtserklärungen und Zielprojektionen eine eindeutige Dominanz gegenüber ernsthafter Kompromissbereitschaft und substanziellen Integrationserfolgen zu. Das wird im weiteren Verlauf der Ausführungen evident, wenn komplexe Argumentationsfiguren bemüht werden, die sich zu der simplen Einsicht komprimieren lassen, dass die mangelnde Bereitschaft der EU zu Zugeständnissen bei der Marktöffnung für diverse lateinamerikanische Exportwaren die anvisierte bzw. beschworene Verwirklichung einer strategischen Partnerschaft konterkariert. Dennoch vermag die Autorin überzeugend nachzuweisen, welche Chancen die EU mit ihrer zögerlichen Haltung zu einem kooperationsbereiten Lateinamerika im Hinblick auf ihren künftigen weltpolitischen Einfluss und das Potential ihrer alternativen Konzeption der internationalen politischen Ordnung (gegenüber dem von den USA verkörperten Modell) aufs Spiel setzt.

Jörg Faust gibt einen instruktiven Überblick über die Entwicklung und den Stand der Beziehungen des Subkontinents zum pazifischen Asien. Im Zentrum der Kooperation stehen die Handelsverbindungen, während die politischen Beziehungen im wesentlichen der Förderung eben dieser ökonomischen Interessen dienen, ohne ein eigenständiges Profil herausgebildet zu haben. Die außenpolitischen Optionen der ökonomisch potenten Staaten Japan, Südkorea und Taiwan bezüglich Lateinamerika werden durch deren enge Bindungen an die USA relativiert. Im wirtschaftlichen Bereich musste Lateinamerika für die Diversifizierung des Außenhandels einen hohen Preis in Form von Handelsbilanzdefiziten zahlen. Die engsten Beziehungen zum pazifischen Asien unterhält Chile, wichtigster asiatischer Akteur in Lateinamerika ist nach wie vor Japan; der rasche Bedeutungszuwachs Chinas wird von *Faust* nur angedeutet. Gute Chancen für eine Intensivierung der Beziehungen zu Asien sieht er für Kolumbien, Peru und Ecuador.

Dirk Messner referiert und diskutiert die Positionen lateinamerikanischer Sozialwissenschaftler in der Debatte um *Global Governance*. Die von diesen perzipierten Barrieren zur Herbeiführung „einer kooperativen *Global Governance*-Architektur“ unterscheiden sich allerdings wohl kaum von den entsprechenden Diagnosen kritischer Kollegen aus dem OECD-Raum: die starke und zunehmende soziale Polarisierung in der Weltwirtschaft, die asymmetrische Machtverteilung in der Weltpolitik sowie die dem Globalisierungstrend zuwiderlaufende Verringerung des politischen Dialogs sowie der kultur- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika. Während eine Verständigung mit den USA durch die zahlreichen negativen Erfahrungen mit einer aggressiven Außenpolitik erschwert wird, sind die Chancen für eine partnerschaftliche Kooperation mit der EU ungleich günstiger. Für Lateinamerika diagnostiziert *Messner* eine „Unterentwicklung“ und Ökonomielastigkeit des dortigen Globalisierungsdiskurses. „Ein spezifisch lateinamerikani-

sches Projekt als Antwort auf die Globalisierung existiert derzeit nicht – weder mit Blick auf nationale Entwicklung, noch in Bezug auf die Neuordnung der Weltpolitik und *Global Governance*“ (S. 243 f.).

Die Verbreitung, wirtschaftliche Bedeutung und entwicklungspolitische Relevanz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in bzw. für Lateinamerika unter besonderer Berücksichtigung des Internets thematisiert der Beitrag von *Roman Herzog*. Die Ausführungen über eher technische Aspekte, internationale und nationale Regulierungsinitiativen sind ebenso trocken wie zum Verständnis des komplexen Themas wohl unverzichtbar. Den verfügbaren Statistiken über die Verbreitung des Internet in der Region begegnet der Autor mit nachvollziehbarem Vorbehalt, auch wenn unbestritten – und nicht weiter verwunderlich – ist, dass Lateinamerika hier einen relativen Vorsprung gegenüber den anderen Entwicklungskontinenten vorweisen kann. Es sind freilich primär Teile der Eliten, deren Anschlüsse hier zu Buche schlagen. Differenziert und insgesamt sehr skeptisch bewertet der Autor das entwicklungspolitische Potential des Internet.

Nach dem Ende des Kalten Krieges bis zur Veränderung der Außen- und Sicherheitspolitik der USA im Gefolge der Terrorattacke in New York figurierte der illegale Import von Kokain und Heroin aus dem Andenraum und Mexiko als wichtigste *issue* auf der interamerikanischen Agenda Washingtons. *Robert Lessmanns* Beitrag zu dieser Problematik enthält zwar zahlreiche wichtige Informationen, die Ausführungen kommen aber reichlich unsystematisch daher. Die wesentlichen Veränderungen im Gefüge des lateinamerikanischen Drogenhandelskomplexes seit Beginn der 1990er Jahre und deren Triebkräfte werden nur bruchstückhaft erkennbar. Die Darstellung hinkt offensichtlich deutlich der Situation (bzw. dem potentiellen Kenntnisstand) zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses hinterher – dafür spricht das relativ veraltete Zahlenmaterial, die völlige Nichtberücksichtigung der Bush junior-Regierung (Jan. 2001 –) sowie der fehlende Hinweis auf die Aussetzung der *certification*-Praxis im Herbst 2001 (im Artikel von *Birle* erwähnt!). Zudem enthält der Text eine Reihe von Schludrigkeiten: Zahlenangaben ohne Jahresbezug, inkompatible Zahlen, Zitate ohne Angabe der Quelle, unpräzise Aussagen sowie schlicht unrichtige Behauptungen wie die vom Nichtvorhandensein eigener Drogenbekämpfungskonzepte in den Andenstaaten oder von „obligatorischen jährlichen Drogenabkommen“ zwischen diesen und den USA.

Die negativen Implikationen des Drogengeschäfts bilden eine der Determinanten der mehr oder weniger brisanten Krisensituation in mehreren Andenländern, die der Beitrag von *Sabine Kurtenbach* thematisiert. Die Ausführungen behandeln neben der Gefährdung der z.T. recht fragilen demokratischen Regierungssysteme auch die regionalen Initiativen zur Verhinderung eines erneuten Rückfalls in den Autoritarismus. *Kurtenbach* erörtert das grenzüberschreitende Destabilisierungspotential der bürgerkriegsähnlichen Situation in Kolumbien, die fragwürdige Qualität des verstärkten Engagements der Regierungen Clinton und Bush sowie die Reaktionen der Nachbarstaaten auf die von Washington unterstützte Militarierungsstrategie. Die einzige Chance zur Entspannung des Konflikts in Kolumbien sieht die Autorin in einem verstärkten Einsatz der EU und/oder einer von Brasilien und weiteren Staaten der Region lancierten Friedensinitiative.

Mit einem Epilog der Herausgeber endet der Sammelband, dessen Beiträge insgesamt einen profunden Überblick über die derzeitige Einbindung des Subkontinents in das internationale System sowie intraregionale Beziehungen, Probleme und Herausforderungen geben. Der Rezensent stieß auf einige auffällige falsche oder inkonsistente quantitative Angaben (u.a. S. 20, 133/134, 162), die bei einer sorgfältigeren Schlussredaktion hätten leicht ausgemerzt werden können.

Karl-Dieter Hoffmann, Eichstätt

Patrick Köllner (Hrsg.)

Korea 2004

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Institut für Asienkunde, Hamburg, 2004, 307 S., € 28,00

Das zum neunten Male erscheinende Korea-Jahrbuch hat sich inzwischen als unverzichtbare Informationsquelle etabliert. Wieder ist es dem Herausgeber *Patrick Köllner* gelungen, ein Team von 12 kompetenten Autoren zu versammeln, die mit zehn Beiträgen zu Südkorea, drei zu Nordkorea und einer Kurzbibliografie zu Nordkoreas Wirtschaft für eine immer interessante, manchmal geradezu spannende Lektüre sorgen. Vorangestellt ist eine auf das Kalenderjahr 2003 beschränkte „Chronik der Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel“.

Den Textteil eröffnet wie in den letzten Jahren *Manfred Pohl*, Hamburg, mit „Südkoreas Innenpolitik 2003/2004: Schwerpunkte und Tendenzen“. Eindrücklich schildert er den hauptsächlich durch ungeschicktes Taktieren verursachten dramatischen Popularitätsverlust des Präsidenten ROH Moo-Hyun in seinem ersten Amtsjahr (von 84 % Zustimmung auf 27 %), der wohl den oppositionellen Mehrheitsparteien im Parlament die Hoffnung auf Erfolg und Akzeptanz der von ihnen am 12.03.2004 in der Nationalversammlung durchgedrückten Amtsenthebung gegeben hatte. Sie sollten sich gründlich täuschen: Die neu gegründete Partei mit dem aggressiven Namen „Uri-dang“ (unsere Partei) errang bei den Wahlen im April 2004 einen überwältigenden Sieg und bescherte dem – abgesetzten – Präsidenten eine wenn auch knappe absolute Mehrheit (152 von 299 Sitzen) in der Nationalversammlung. Hier endet Pohls Beitrag. Die Wiedereinsetzung des Präsidenten durch das Verfassungsgericht im Mai wird nicht erwähnt (wohl aber im Vorwort des Herausgebers). Dass aber das Wahlergebnis weniger eine aktive Zustimmung zur Regierungspartei belegte als vielmehr, wie von Pohl vermutet, eine Abstrafung der bisherigen Mehrheit für ihr als unwürdig empfundenes Taktieren bei der Amtsenthebung, zeigte sich bei den Kommunalwahlen im Juni, bei denen die Uri-Partei eine deutliche Niederlage einstecken musste.